

Die Welt von Kennedys Appell beeindruckt

Bundesregierung: „Bedeutungsvolle und große Erklärung des USA-Präsidenten“

Bonn/Washington/Moskau (Eigenmeldung/ap/upi). Präsident Kennedys maßvolle, aber feste Rede, in der er eine Erhöhung der amerikanischen Verteidigungsbereitschaft angesichts der sowjetischen Berlin-Drohungen ankündigte, hat sowohl in westlichen als auch in verschiedenen neutralen Ländern volle Zustimmung gefunden. Übereinstimmend haben die Regierung in Bonn und auch die Opposition dem amerikanischen Präsidenten für seine „entschiedene und trotzdem ausgewogene Fernseh- und Rundfunkbotschaft“ gedankt und damit die stärkste Form der Anerkennung gewählt.

Bundespresseschef von Eckardt bezeichnete die Rede als eine „große und bedeutungsvolle Erklärung“. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß der amerikanische Präsident bei aller Feilheit zugleich die Türen Verhandlungen offengelassen hat. Der Kern der Botschaft wird in den Sätzen erblickt, daß es über die Freiheit Berlins kein Verhandeln gebe, andererseits aber Vereinbarungen denkbar seien, die einer begründeten Besorgnis der Sowjetunion um ihre Sicherheit in Mittel- und Osteuropa gerecht würden. In diesen Hinweisen glaubt man den Versuch zu erkennen, die Sowjetunion von ihrer Forderung nach Verhandlungen abzubringen, für die sie allein und einseitig die Bedingungen diktiert möchte. SPD-Kanzlerkandidat Brandt, der Kennedy ebenfalls seinen Dank aussprach, glaubt aus der Botschaft auch herauslesen zu können, daß Kennedy dafür plädiere, Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland zu erwägen.

Die maßgeblichen Vertreter beider Parteien im amerikanischen Kongreß haben Kennedys Rede „aus vollem Herzen“ unterstützt. Der Pressesekretär des Präsidenten, Salinger, nannte die Reaktion „beispiellos“. In den ersten zwölf Stunden nach der Botschaft seien über 1000 Telegramme aus allen Teilen der Welt im Weißen Haus eingetroffen, in denen der

Standpunkt des Präsidenten unterstützt werde.

Das bisher wichtigste offizielle Echo kam von der britischen Regierung, die sich vorbehaltlos mit der festen Haltung in der Berlin- und Deutschlandfrage solidarisch erklärte. Verteidigungsminister Watkinson kündigte bereits am Mittwoch vor dem Unterhaus an, daß Großbritannien auf gewissen militärischen Gebieten, beispielsweise dem Radarwarnsystem, noch enger mit den USA zusammenarbeiten werde. Auch offizielle französische Kreise brachten ihre Genugtuung über

die in Kennedys Rede verkündete Entschlossenheit zum Ausdruck, die sich „vollamt mit der französischen Haltung decke“.

Ablehnung aus Ost

Erwartungsgemäß ablehnend verhielten sich bisher die östlichen Nachrichtenagenturen. Eine offizielle Stellungnahme von seiten Moskaus liegt noch nicht vor. Die einzige sowjetische Reaktion bestand in dem Satz der amtlichen Nachrichtenagentur tass, der USA-Präsident gebrauche „die sogenannte Berlin-Drohung als Rechtfertigung für das Wetttrüsten“. Weiter heißt es in dem Kommentar, obwohl „der Präsident versuche, die militärischen Vorbereitungen der USA als eine Reaktion auf das sowjetische Aide-mémoire hinzustellen, gab er selbst zu, daß Amerika mit dem Aufbau seiner militärischen Stärke viel früher begann, und zwar unmittelbar nach seiner Amtseinführung als Präsident“.

Adenauer begrüßt Entschlossenheit

Von unserem Korrespondenten

W. W. Bonn. — Bundeskanzler Dr. Adenauer hat nachdrücklich die Botschaft des amerikanischen Präsidenten Kennedy begrüßt. Als Gast des Deutschen Presseclubs feierte Adenauer die Botschaft als Ausdruck dafür, daß die USA jetzt aktiv die Führung des Westens in der Auseinandersetzung mit den Sowjets übernommen hätten. Eine starke Führung durch die USA, so sagte er, sei die Voraussetzung für die Einigkeit und Stärke des Westens.

Die Führungskraft der USA muß nach den Worten des Bundeskanzlers nicht nur den militärischen und zum Teil den wirtschaftlichen Bereich umfassen, sondern auch den propagandistischen und damit die Art und Weise, wie der Westen seine Auffassungen gegenüber den Sowjets behaupten wolle. Adenauer hielt es für möglich,

daß sich als Folge die Berlin-Krise bald nicht mehr so ernst darbreite wie noch vor wenigen Wochen.

Adenauer sprach die Überzeugung aus, daß es nicht zu einem Krieg kommen werde. Für diese Überzeugung führte er zwei Gründe an. Er verwies erstens

Fortsetzung auf S. 4

Kennedy und Berlin

K. W. B. Obwohl der amerikanische Präsident die große Rede an seine Landsleute in den Vereinigten Staaten gehalten hat, drucken wir sie im Wortlaut im Innern unserer Zeitung ab. Wir tun das, weil sie wie keine vergleichbare andere Rede eines Staatschefs auch uns — ja, uns insbesondere — angeht. Die Berliner besonders und die Deutschen im allgemeinen sind zwar nicht direkt von Kennedy angesprochen, doch Berlin ist das zentrale Thema des amerikanischen Präsidenten gewesen. Daß ein amerikanischer Präsident für seine Rede an die Nation, die dem amerikanischen Volk neue Opfer abverlangt, neue Lasten aufbürdet und vor allem eine erhebliche Steigerung des Militär-Etats aufnötigt, die Situation um Berlin als Motiv und Ansporn nutzt, ist gewiß ungewöhnlich. Über alle Bekundungen des guten Willens und selbst über alle Garantie-Versprechen hinaus, die die Amerikaner in den vergangenen Jahren allein und zusammen mit ihren Freunden und selbst zusammen mit der großen Gemeinschaft der NATO für Berlin abgegeben haben, muß das neue Zeugnis Kennedys gestellt werden; denn hinter die Dokumente und die Händedrucke setzt diese Rede mit ihrem militärischen Teil das Siegel der großen Weltmacht.

★

Gerade die Fülle der Versprechungen, deren sich Berlin von seinen westlichen Freunden her erfreuen kann, hat merkwürdigerweise den sowjetischen Leichtsinne gefördert, der an das Ernstmachen des Westens im Falle Berlin nicht immer glauben will. Sicherlich hat sich Kennedy, als er auch erkennen mußte, daß seine Wiener Begegnung mit Chruschtschow den roten Diktator noch weiter über Amerika lächeln ließ, nun von seinen Beratern zu einer Geste mit größerem Nachdruck animieren lassen. Die Behutsamkeit, mit der der Präsident

die Umorganisationen in der amerikanischen Militärmaschinerie ankündigt, zeigen an, wie wenig ihm an einer Politik der Drohung liegt. Man weiß, daß ein Kreis seines Berater-Teams gern einen größeren Teil der Armee in Mobilisationsbereitschaft versetzt hätte und auch Truppenkontingente sofort zusätzlich nach Europa verschickt wissen wollte. Die Verstärkung der Armee-, Luft- und Marine-truppen in der Kopfzahl und der so lange gestoppte Ausbau der konventionellen Waffen sind statt dessen das Programm des Präsidenten. Die Erhöhung des Militär-Etats um 8 Prozent, die er vom Kongreß erbittet, wird man dabei keineswegs als sensationell empfinden können, wenn man nur das Rückgängigmachen der niemals ernsthaft vorgenommenen Abbaumaßnahmen in der sowjetischen Ausrüstung damit vergleicht. Die Erhöhung der Mannschaftsstärke kostet zudem viel Zeit. Und also bleibt gar keine Überlegung, ob diese Militärverstärkung überhaupt praktisch für einen Ernstfall in unserem Lebenskreis wirksam werden könnte.

Aber die Vergrößerung der konventionellen Waffenkraft in den Vereinigten Staaten ist ja auch nicht als die Sicherung einer Kampftruppe für Berlin anzusehen. Sie soll der amerikanischen Weltmacht vielmehr das Instrument in die Hand geben, bei dem Anstifter der Krisen überall in der Welt Eindruck zu machen. Mit dieser militärischen Neuorganisation, die nur eine Maßnahme auf lange Sicht sein kann, will Amerika aus dem lähmenden Vergleich der Atomkräfte Amerika und Sowjetunion heraus. Der Präsident sprach von der Erweiterung des „Spielraums zwischen Demütigung und totem Kernwaffen-Einsatz“. Natürlich wäre es absurd zu folgern, Amerika glaube bei einer ersten Situation um Berlin mit ihren neuen Maßnahmen das Ärgste, den Atomeinsatz, vermeiden zu können. Kennedy hat für seine neue Strategie gegen den kommunistischen Angriff die Formulierung gewählt: „Berlin ist ein isolierter Vor-

posten, aber es ist kein isoliertes Problem.“

★

Daß sich Kennedy ausführlich damit beschäftigt hat, wie gerade die Berlin-Strategie gegen Berlin aus Moskau die Dynamisierung und Aktivierung der amerikanischen Strategie — der militärischen wie der politischen — bewirkt, das kann man nicht mehr für ein Beispiel von vielen Beispielen nehmen. Obwohl Kennedy sieht, daß der Kommunismus vielfältigste Formen benutzt, um vielfältigste Ziele anzusteuern, hat er doch in seiner großen, die amerikanische Machtfunktion mächtig antreibenden Rede kein anderes Land, keine andere Himmelsgegend genannt. Wohl aber hat der Präsident mit unausgesprochenem, doch deutlichem Blick auf Kuba und Laos zu verstehen gegeben, daß in Berlin die Glaubwürdigkeit Amerikas und des freien Westens auf dem Spiel stehe.

★

Es ist eindrucksvoll, daß ein Mann, der ausgezogen war, den großen Gegner in Moskau zu überzeugen, sich nun anschiebt, ein anderes, das letzte Mittel sozusagen, zur Überzeugung anzuwenden. Kennedy kann natürlich in einer Rede, die dem Volk in Amerika erst einmal das Opfer der Bereitschaft abverlangt, kein Programm für Verhandlungen mit dem vorgelegten, der das amerikanische Volk und nunmehr auch alle seine Verbündeten in Europa zu solidarischer Leistung zwingt. Doch wer hätte nicht in den wenigen Sätzen, die der Präsident in sein von Ernst und Härte diktiertem Verlangen einfließt, nicht das Angebot, das letzte sozusagen, an den Partner von drüben vernommen? Mann kann dieses Angebot schon darin sehen, daß er dem Mann im Kreml eine Abstimmung der Berliner und des ganzen deutschen Volkes darüber anbietet, ob die Deutschen die Amerikaner weiter bei sich haben wollen. Wo hätte je eine Nation, die als Besatzer und als Feind gekommen ist, mit einer solchen Geste der Freizügigkeit

(Fortsetzung auf Seite 3)

Halt der sowjetischen Expansion!

Kennedy verkündet größtes Verteidigungsbudget in Friedenszeiten

Washington (ap/dpa/upi). Die freie Welt hat den sowjetischen Expansionsbestrebungen ein energisches Halt geboten. In unmißverständlichen Worten kündigte Präsident Kennedy an, daß die Vereinigten Staaten für eine friedliche Regelung aller internationaler Streitfälle seien, daß Amerika aber keinesfalls vor den kommunistischen Forderungen kapitulieren werde.

Kennedy legte dem Kongreß noch am Mittwoch einen Antrag auf Erhöhung des Verteidigungshaushaltes um weitere 3,4 Milliarden Dollar (etwa 13,8 Milliarden DM) auf insgesamt 47,5 Milliarden Dollar vor. Ohne auf neue Steuererhöhungen zurückzugreifen, ist dies der bisher höchste Militärhaushalt der Vereinigten Staaten in Friedenszeiten.

Mit den neu angeforderten Mitteln soll die Stärke der amerikanischen Streitkräfte um 217 000 Mann auf insgesamt 735 000 Offiziere und Soldaten aller Waffengattungen erhöht werden. Das Programm Kennedys sieht ferner gesteigerte Ausgaben für die Zivilverteidigung, eine Verdoppelung bis Verdreifachung der Einberufung von Wehrdienstpflichtigen, eine befristete Verlängerung der Dienstzeit und die Ermächtigung vor, in den kommenden elf Monaten bis zu 250 000 Mann der Reserve einzuberufen.

Kennedy und Berlin

(Fortsetzung von Seite 2)

sich selbst aufs Spiel gesetzt? Nun, Kennedy weiß, daß er das tun kann, denn aus einem Strom von Stimmen, die Amerika erreichen, ist ihm bekannt, daß alle Menschen in allen Teilen Deutschlands mit Leidenschaft der Freiheit zugetan sind. Da er das weiß, hätte er sogar deutlicher werden können. Er hätte sagen können, daß Amerika für Berlin kämpfen muß, weil es für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, weil es also auch für die Selbstbestimmung der in der Zone lebenden Millionen Deutschen zu leben und zu kämpfen sich verpflichtet hat.

Verteidigungsminister McNamara erklärte zu dem Budget vor dem Bewilligungsausschuß des Senats, die geplante Erhöhung sei nicht ausschließlich im Zusammenhang mit der Berlin-Krise, sondern mit kommunistischem Druck und kommunistischen Drohungen auf der ganzen Erde zu sehen. Die Regierung habe nicht die gefährliche Lage in Südostasien oder die Möglichkeit eines plötzlich ausbrechenden Konflikts in anderen Gebieten aus dem Auge verloren. Was die amerikanische Regierung jetzt rasch zu erreichen suche, sei eine „höchste Bereitschaft“ der militärischen Einrichtungen, damit sie mit der erforderlichen Stärke jeder bewaffneten kommunistischen Aggression überall in der Welt wirksam entgegentreten könne.

Die beiden großen amerika-

nischen Parteien gaben bereits zu erkennen, daß mit einer raschen Billigung der Vorlagen zu rechnen sei.

Nach der von Kennedy angekündigten Forderung nach Verstärkung der Streitkräfte um insgesamt 217 000 Mann ergibt sich für die einzelnen Waffengattungen die folgende Verteilung des Mannschaftsbestandes:

Wehrmachtsteil		Bestand
Heer		870 000
Luftwaffe		823 000
Marine		625 000
Marineinfanterie		175 000
Gesamt		2 493 000
Anforderungen		neue Gesamtzahl
alte	neue	
5 000	125 000	1 000 000
2 000	63 000	888 000
3 000	29 000	657 000
15 000	keine	190 000
25 000	217 000	2 735 000

Adenauer an Chruschtschow

„Geben Sie alle Kriegsgefangenen frei“

München (upi/dpa). Bundeskanzler Adenauer hat vor 30 000 Teilnehmern des vierten Heimkehrer-Treffens in München Ministerpräsident Chruschtschow aufgefordert, sein 1955 gegebenes Wort einzuhalten und die noch in der Sowjetunion befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat zurückkehren zu lassen. „Ich bitte Herrn Chruschtschow, sich doch einmal über die Bürokratie hinwegzusetzen und mit dem Herzen zu entscheiden. Ich weiß, daß Vertreter sowjetischer Zeitungen und der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur tass hier anwesend sind. Meine Herren, tun Sie etwas Gutes und teilen Sie dies Herrn Chruschtschow mit“, rief Adenauer unter dem Beifall seiner Zuhörer aus. Der Bundeskanzler zitierte dann ein Lenin-Wort: „Wer zwei Jahre nach einem Waffenstillstand noch Kriegsgefangene zurückhält, der macht sich der Sklaverei schuldig.“

Adenauer richtete Grüße an alle Gefangenen in der Sowjetzone und bat die Bewohner Mitteldeutschlands, nicht die Hoffnung zu verlieren. Er betonte, daß die Bundesregierung die Wiedervereinigung Deutschlands mit friedlichen Mitteln erreichen will. „Wir sind ein freiheitliches und kein revanachelüsternes Volk“, sagte Adenauer und bat die sowjetischen Korrespondenten, auch dies dem russischen Volk mitzuteilen.

Im Namen der Heimkehrer dankte der Präsident des Verbandes, Heimeshoff, dem Bundeskanzler dafür, daß er durch sein 1955 in Moskau geschlossenes Abkommen Tausenden die Rückkehr in die Heimat ermöglicht habe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

Chruschtschow: Kein Krieg um Berlin

Durch Verhandlungen für immer aus der Welt schaffen — Gespräch mit Fanfani

Moskau (upi/ap). Ministerpräsident Chruschtschow hat erklärt, wegen Berlin werde es keinen Krieg geben, doch müsse dieses Problem bei Verhandlungen mit dem Westen für immer aus der Welt geschafft werden. Er sagte dies in einer über dreistündigen Aussprache mit dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani, der kurz vorher zu einem dreitägigen Besuch in Moskau eingetroffen war.

Wie von seiten der italienischen Regierungsdelegation bekannt wurde, sagte Chruschtschow weiter, eine Lösung der Berlin-Frage sei für die UdSSR lebenswichtig. Die Ost-West-Auseinandersetzungen um Berlin müßten ein für allemal beendet werden.

Die erste Aussprache der beiden Staatsmänner dauerte drei Stunden und 15 Minuten, wobei Chruschtschow allein zwei

Stunden der Darlegung seiner Außenpolitik widmete. Im Verlauf des Meinungsaustauschs über internationale Probleme richtete Chruschtschow neue Angriffe gegen die NATO, nannte das Vorgehen Frankreichs in der Bizerta-Krise eine „Ausschreitung“ und forderte die Beendigung des Kolonialismus. „Sie rennen offene Türen ein“, entgegnete ihm dem Vernehmen nach Fanfani. „Der

Westen ist ebenfalls für das Ende des Kolonialismus.“

Die Gespräche wurden später während eines Abendessens fortgesetzt, Fanfani und seine Begleitung begaben sich in der Erwartung in den Kreml, bei dieser Gelegenheit zwischen dem Austausch von Trinkgesprächen auf einige der sowjetischen Argumente antworten zu können.

In Warschau schwieg Nkrumah

Berlin-Frage nicht erwähnt — Polen für Selbstbestimmung

Warschau (dpa). Der Staatspräsident von Ghana, Dr. Nkrumah, hat zum Abschluß eines mehrtägigen Besuches in Polen eine gemeinsame polnisch-ghanaische Erklärung unterzeichnet, in der er sich im Gegensatz zu seiner in Moskau veröffentlichten Presse-Erklärung außerordentlich zurückhaltend zum Deutschland-Problem äußert. In der Erklärung heißt es: „Die Regierung von Polen lenkte die Aufmerksamkeit der ghanaischen Regierung auf die Tatsache, daß das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland einen ständigen Grund für Spannungen in Europa darstellt. Die Regierung von Ghana nahm diese Einstellung zur Kenntnis und drückte ihr Verständnis für die polnische Haltung aus.“

Zur Frage Westberlins hat sich die ghanaische Regierungsdelegation überhaupt nicht geäußert. In der Erklärung heißt es lediglich, die polnische Regierung habe ihr besonderes Interesse an der Regelung des Problems von Westberlin bekundet. Besonders hervorgehoben werden sechs Grundsätze als „Grundlage für das internationale Zusammenleben“. Erster Grundsatz ist danach das „Recht der Völker auf Selbstbestimmung“.

Die polnische Regierung hat

damit etwas unterschrieben, was sie in der Praxis ihrem unmittelbaren Nachbarn im Westen, nämlich der Bevölkerung in der Sowjetzone, nicht zugesteht, indem sie das Ulbricht-Regime stets als legal hinstellt und auch der Bevölkerung von Westberlin keine eigene Entscheidung über ihr künftiges Schicksal zubilligt.

USA zu Verhandlungen über Berlin bereit

Washington (ap/dpa). Als „ziemlich beträchtlich“ hat US-Außenminister Rusk die Möglichkeiten für Berlin-Verhandlungen bezeichnet. Die westlichen Außenminister hätten auf ihrer Konferenz in Paris neue Schritte beraten, um der Sowjetunion auf dem Verhandlungswege Vorschläge zur Lösung der Berlin-Krise zu unterbreiten. Es gebe ein weites Feld für Verhandlungen, fügte Rusk hinzu.

Bei seinen Ausführungen über mögliche Verhandlungen mit der Sowjetunion erwähnte Rusk insbesondere das Problem der deutschen Wiederbewaffnung, das von seiten der Sowjetunion immer als Argument für eine angebliche Bedrohung ihrer Sicherheit angeführt werde. Rusk sagte, derartige Befürchtungen seien unrealistisch, da die Bundesrepublik stets ihre Bereitschaft zur friedlichen Regelung aller Angelegenheiten bewiesen habe.

Adenauer begrüßt Entschlossenheit

(Fortsetzung von Seite 1)

darauf, daß der Parteikongreß in der zweiten Oktoberhälfte in Moskau das Ziel habe, einen Plan für nicht weniger als 20 Jahre zu verkünden. Zweitens sei ein Krieg für alle sinnlos geworden, weil es angesichts der zur Verfügung stehenden Waffen weder Sieger noch Besiegte gebe. Zu einem Unglück könne es also nur bei Fehlschlüssen kommen.

„Nicht nervös machen lassen“

Deshalb plädierte Dr. Adenauer für eine Haltung der ruhigen Entschlossenheit. Der Westen dürfe sich, so fügte er hinzu, nicht nervös machen lassen. Die Bundesrepublik unterstütze die USA „von ganzem Herzen“, wenn sie sich deutlich sichtbar an die Spitze des freien Westens stelle.

Die Briten 1948 in Wien

Mit bewaffnetem Konvoi gegen Sowjet-Blockade

Bonn (ap). — Während der Vier-Mächte-Besetzung Wiens haben die Sowjets einen Rückzieher gemacht, als sie sich bewaffnetem westlichen Widerstand gegenübersehen. Sie versuchten im Jahre 1948, den Zugang der britischen Truppen nach Wien zu beschneiden, wie sie es während der Berliner Blockade taten. Die Briten schickten jedoch einen bewaffneten Konvoi durch die sowjetische Straßensperre, und die Sowjets gaben bei, ohne einen Schuß abzufeuern.

Dieser bisher nicht allgemein bekannte Vorfall wurde aus

einem jetzt herausgegebenen Buch des Presseattachés bei der amerikanischen Botschaft in Bonn, William L. Stearman, bekannt. Stearman gehörte viereinhalb Jahre lang der Alliierten Hohen Kommission in Österreich an. Sein Buch heißt „The Soviet Union and the occupation of Austria“ (die Sowjetunion und die Besetzung Österreichs).

Stearman erläutert, daß Wien — seinerzeit mitten in der sowjetischen Besatzungszone Österreichs gelegen — über zwei Korridore zu erreichen war. Einer davon, über den Semme-

ringpaß, wurde von den britischen Truppen benutzt. Als die Sowjets erstmals Druck auf Wien ausübten, verlangten sie zugleich unter Verletzung der bestehenden Abkommen neue Ausweispapiere von den Briten. Diese erzwangen jedoch den Zugang, ohne vorher zu pro-

.....

„Wir sollten Erhard holen“

London (upi). Die Unzufriedenheit vieler Briten mit dem neuen Sparprogramm der Regierung macht sich unter anderem in zahlreichen Leserbriefen an die Zeitungen Luft. Die „Times“ druckte das Schreiben eines Mr. Rambut ab, in dem es hieß: „Vielleicht sollten wir Professor Erhard 24 000 Pfund im Jahr anbieten und ihn bitten, in unserer Wirtschaft nach dem Rechten zu sehen.“

.....

testieren oder ihre Aktion anzukündigen. Wie viele Soldaten und Fahrzeuge die Briten für ihren Stoß durch das sowjetisch besetzte Gebiet verwendeten, geht daraus nicht hervor.

Gefängnis für Zonen-Spione

Bundesgerichtshof: Gehören Straßen zu den Staatsgeheimnissen?

Karlsruhe (ap). — Im Spionage-Prozeß vor dem Dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofes wurden der 53jährige Zeitungshändler Walter Otte und der 31jährige Buchdrucker Lothar Seehaus (beide Berlin) wegen verräterischer Beziehungen zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Vertreter der Bundesanwaltschaft hatte je zwei Jahre sechs Monate gefordert, während die Verteidiger für eine milde Strafe plädierten.

Die beiden Angeklagten hatten sich Anfang 1959 bei der „Verwaltung für Koordinierung“ in Ostberlin, der Spionagezentrale der sowjetischen Volksarmee, zur Mitarbeit verpflichtet. Neben Meldungen über die Belegung von Kasernen haben sie Berichte über Straßen und Brücken geliefert, die von Westberlin nach dem Sowjetsektor und von der Bundesrepublik nach der Sowjetzone führen. Schließlich haben die beiden sich als Kurier betätigt.

In der Urteilsbegründung

heißt es, der Senat habe nicht mit genügender Sicherheit feststellen können, ob strategisch bedeutsame Straßen zu den Staatsgeheimnissen gehörten. Wegen dieser mangelnden Feststellung seien die Angeklagten vor einer Bestrafung wegen Landesverrats bewahrt worden.

Die Kirche gewann an Kraft

Präses Scharf vor Missionsexperten

Berlin (upi/ap/dpa). Die evangelische Kirche in der Sowjetzone hat nach Ansicht des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Scharf, in den letzten Jahren an „innerer Kraft“ gewonnen und „neue Kerngemeinden“ gebildet. Dagegen seien äußerliche Merkmale der Volkskirche verlorengegangen, bemerkte Scharf, der vor den Mitgliedern der Missions-Kommission des Lutherischen Weltbundes im Spandauer Johannisstift sprach.

Auf einem Empfang, den der

Bischof von Berlin-Brandenburg, Dibelius, für die Teilnehmer der Kommissionstagung gegeben hatte, erklärte der Präses, die Gliedkirchen in der Sowjetzone hätten durch den Wegfall der Kirchensteuer äußerliche Merkmale der Volkskirche verloren, zur gleichen Zeit jedoch an innerer Kraft gewonnen. Das gehe beispielsweise daraus hervor, daß die jetzt als freiwilliges Opfer erbetene frühere Kirchensteuer fast in der gleichen Höhe gezahlt würde und daß darüber hinaus „beachtliche zusätzliche Gaben“ gespendet würden.

Auf dem Erreichten aufbauen

Umfangreiches Mittelstandsprogramm der Union

Bonn (vwd). Der Bundesarbeitskreis Mittelstand der CDU/CSU hat in Köln ein Programm ausgearbeitet, nach dem die Arbeit in der kommenden Legislaturperiode ausgerichtet werden soll. Dabei handelt es sich im wesentlichen um bereits erhobene Forderungen, die jedoch im dritten Bundestag nicht zum Zuge kamen.

Auf dem für den Mittelstand wichtigen wirtschaftspolitischen Gebiete schlägt die CDU/CSU eine weitere gesetzliche Förderung des Leistungswettbewerbs vor. Diese soll u. a. durch eine Verbesserung des Kartellgesetzes und eine Reform des Aktienrechts erfolgen.

Weitere Punkte sind u. a. die Fortsetzung der Privatisierung von Unternehmen der öffentlichen Hand im Sinne einer Förderung des Mittelstandes. Außerdem sieht das Programm die Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden im Sinne einer antizyklischen Haushaltsführung vor, ferner die Privatisierung des gemeinnützigen Wohnungswesens zur Schaffung von Wohnungseigentum für alle.

Finanzpolitisch soll vor allem die Einführung eines an der Wertschöpfung orientierten wettbewerbsneutralen Umsatzsteuersystems unter besonderer Berücksichtigung der Klein- und Mittelbetriebe und der beruflich Selbständigen verfolgt

50 % würden CDU wählen

Berlin (Eigenmeldung). 50% der Wahlberechtigten in der Bundesrepublik würden der CDU ihre Stimme geben, wenn die Bundestagswahlen in diesen Tagen stattfinden würden. Diese Zahl hat das Institut für Demoskopie in Allensbach ermittelt. Ein repräsentativer Querschnitt der Wahlberechtigten ergab, daß 38 % die SPD, 8 % die FDP, 3 % die Gesamtdeutsche Partei und 1 % sonstige Parteien wählen würden.

werden. Gedacht ist dabei an die Schaffung einer Wahlmöglichkeit zwischen Brutto- und Nettoumsatzbesteuerung für Jahresumsätze bis 500 000 DM und die Einräumung ausreichender Freibeträge (genannt wurden 48 000 DM). Großer Wert wird auf die beschleunigte Durchführung einer Reform der Gemeindefinanzen gelegt. Der Anteil der Gewerbesteuern an den Einnahmen der Kommunen sei heute viel zu hoch.

Auf sozialpolitischem Gebiete ist vorgesehen, die ausschließ-

liche Lohnbezogenheit der Sozialabgaben durch die Mitherausziehung anderer geeigneter Bemessungsgrundlagen wettbewerbsneutral auszugestalten. Weiter soll die Reform der Krankenversicherung nach den von Bundesarbeitsminister Blank entwickelten Grundsätzen verwirklicht werden. Bei der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten soll die freiwillige Versicherung für jedermann ermöglicht werden. In die Förderung der Eigentumsbildung sollen auch die Selbständigen einbezogen werden.

Tiros meldete Sturm

30 US-Satelliten im Weltraum

Washington (dpa). Die Vereinigten Staaten haben gegenwärtig 30 künstliche Satelliten im Weltraum, von denen sich 28 in einer Kreisbahn um die Erde und zwei in einer Kreisbahn um die Sonne befinden. Die jüngsten Erfolge der USA waren der Start des Wetter-satelliten Tiros III und des Warnsatelliten Midas III. Von den im Weltraum befindlichen Satelliten übermitteln noch 13 wissenschaftliche Daten an Bodenstationen.

Amerikanische Wissenschaftler haben bereits mit der Auswertung der Daten begonnen, die von den am Mittwoch aufgelassenen beiden Satelliten Tiros III und Midas III übermittelt werden. Tiros III, der für die Feststellung gefährlicher Stürme eingesetzt ist, hat bereits einen Sturm vor der Küste von Labrador gemeldet, der sonst wahrscheinlich nicht entdeckt worden wäre. Vor allem kann die Annäherung der gefährlichen Hurrikane frühzeitig gemeldet werden, da die Kamera ein Gebiet in der dreifachen Größe Frankreichs erfassen kann und dadurch den üblicherweise eingesetzten Wetterflugzeugen weit überlegen ist.

▲ Insgesamt haben die Vereinigten Staaten bisher 47 künstliche Satelliten aufgelassen, von denen 17 in die Erdatmosphäre

zurückgekehrt und verglüht sind. Einer der Raumflugkörper, der Ballon-Satellit Echo I, ist noch mit bloßem Auge zu beobachten.

▲ Von den sowjetischen Satelliten befindet sich einer in einer Kreisbahn um die Erde, während zwei die Sonne umkreisen. Die anderen elf sowjetischen Erdsatelliten sind bereits verglüht.

„Echo I“ kreist immer noch

Cambridge, USA (ap). Der im August vergangenen Jahres in den Weltraum geschossene Ballonsatellit „Echo I“, dem man ursprünglich nur eine Lebensdauer von wenigen Wochen zugestanden hatte, umkreist noch immer in einer Höhe von etwa 1600 Kilometern die Erde. Man kann den Rieseballon zur Zeit über einem großen Teil der USA am abendlichen Himmel sehen. Die Umlaufbahn des Satelliten — er wiegt etwa 36 Kilogramm — ist in letzter Zeit fast vollkommen elliptisch geworden. Die Wissenschaftler glauben, daß „Echo I“ längst nicht mehr mit dem ursprünglichen Gas gefüllt ist. Wahrscheinlich haben einige Kilo Mikrometeoriten seine Außenhaut durchschlagen, seit „Echo I“ am Kap Canaveral auf seine inzwischen rund 240 Millionen km lange Reise ging.

Nach 22 Jahren endlich wieder:

„Musik auf Welle 400“

Am 25. August beginnt die Funk-, Fernseh- und Phono-Ausstellung

Mit einer Rede des Bundesvizkanzlers Ludwig Erhard wird am 25. August die bedeutendste Ausstellung dieses Jahres in Berlin eröffnet: Die Deutsche Rundfunk-, Fernseh- und Phono-Ausstellung Berlin 1961 kehrt, größer und reichhaltiger denn je, nach 22 Jahren an den Ort zurück, an dem sie 1924 zum erstenmal veranstaltet wurde und an dem die deutsche elektrotechnische Industrie ihren Ursprung hatte. Auf dem Messegelände am Funkturm werden 158 Aussteller bis zum 3. September all das zeigen, was zu den umfassenden Gebieten der Rundfunk-, Fernseh- und Phono-Industrie, der Empfangsantennen- und der Bauelemente-Industrie gehört.

Bereits jetzt sind die ersten Aussteller in Berlin eingetroffen. Wie Direktor Dr. Friehe mitteilt, rechnet die Ausstellungsleitung mit etwa 750 000 Besuchern aus dem In- und Ausland. Allein 120 000 werden

Senatsdienststellen eine schon bestehende Tunnelverbindung ausgebaut, um den Besucherstrom vom S-Bahnhof Witzleben — vom Verkehr unbehindert — auf das Ausstellungsgelände zu schleusen. Diese wurde in den dreißiger Jahren für Ausstellungsbesucher gebaut. Außerdem ist geplant, von der Deutschlandhalle zu den Messehallen eine Fußgängerbrücke über die Jaffestraße zu schaffen.

Attraktion: Unter dem Motto: „Berlin auf Welle 400“ wird eine Sonderschau, von Bundespost und Industrie veranstaltet, einen Überblick über 40 Jahre Rundfunk-, Fernseh- und Phono-Geschichte geben. Der Titel dieser Schau soll an die ersten Aufnahmen des deutschen Sendebetriebs im Jahre 1923 im Voxhaus in der Potsdamer Straße erinnern. Außerdem kann man sich an einem Ausstellungs-Quiz beteiligen. Viele Preise im Gesamtwert von 100 000 DM warten auf diejenigen, die die Namen der neun Künstler, deren Fotos an verschiedenen Stellen des Messegeländes gezeigt werden, richtig nennen.

Leipzig uninteressant

Lin (dpa). — Auf der Leipziger Herbstmesse vom 3. bis 10. September werden in diesem Jahr wesentlich weniger Aussteller aus der Bundesrepublik und Westberlin vertreten sein als im vergangenen Jahr. Der Direktor des Leipziger Messeamtes, Rudolf Lemser, begründete den Rückgang der Ausstellerezahl vor Pressevertretern in Ostberlin mit angeblichen „ständigen Störaktionen der Bonner Regierung“ und der vorübergehenden Kündigung des Interzonen-Handelsabkommens im vergangenen Herbst.

Während 1960 noch über 800 Aussteller aus der Bundesrepublik und Westberlin an der Herbstmesse teilnahmen, wird diesmal, wie mitgeteilt wurde, mit etwa 700 gerechnet.

am Sonntag, dem 27. August, erwartet. Den Gästen aus der Bundesrepublik wird bei Vorlage des Messe-Ausweises eine 25prozentige Fahrpreismäßigung auf den nach Berlin fahrenden Linienbussen gewährt. Es muß Parkraum für 8000 bis 10 000 Wagen geschaffen werden, dazu kommen etwa 500 Parkplätze für die Aussteller.

Nach Verhandlungen mit der Polizei und den zuständigen

Mit 1500 Künstlern

Mit einem überaus reichhaltigen Programm wird diese Rundfunk-, Fernseh- und Phono-Ausstellung ihre Besucher überraschen. Täglich finden etwa neun bis zwölf verschiedene Veranstaltungen statt. Wunschkonzerte, Mode-Cocktails, Puppenspiele für die Kinder, Starsprogramme für die Teenager, Kochrezepte für Feinschmecker, Boxkämpfe, eine Fernseh-Pressekonferenz, Militärmusik, Hochseilartistik und Kunstturnen, Tanztees, Auto-Schönheitswettbewerbe, Feuerwerk und natürlich Quiz und noch einmal Quiz — ein weitgespannter Bilderbogen für Augen und Ohren.

Etwa 1500 Künstler von Mikrophon und Bildschirm sollen die Gäste dieser Ausstellung unterhalten. Heidi Brühl, Rita Paul, Fritz Schultz-Reichel, Annunzio Mantovani, Jan und Kjeld, Inge Brandenburg, Boyd Bachmann, Willy Millowitsch, Bill Ramsay, Vico Torriani, Chris Howland, Ralph Bendix, Ted Heath, Trude Herr, Peter Kreuder und viele andere.

Im Marshall-Haus erwartet die Besucher eine besondere

Festlicher Auftakt

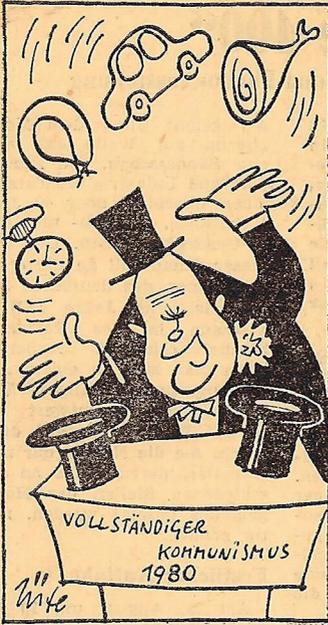
Am 25. August um 10 Uhr wird die Schau in der Deutschlandhalle eröffnet. Anschließend unternehmen die Vertreter der Bundesregierung, des Senats von Berlin und der Industrie den ersten Rundgang.

„DDR“-Orden für SS-Mitglied

Berlin (dpa). Der erste Vorsitzende des Bezirksverbandes Magdeburg der Nationaldemokratischen Partei, Rudolf Vasel, ist seines Postens entbunden worden. Vasel gehörte früher der NSDAP und der SS an. Einzelheiten über Vasels Vergangenheit hatte der Untersuchungsausschuß freihetlicher Juristen kürzlich veröffentlicht. Danach war Vasel NSDAP-Mitglied seit 1928 und SS-Mitglied seit 1932.

Für seine Tätigkeit als Funktionär der NDP ist Vasel mit der Ehrennadel der „Nationalen Front“, dem Ehrenzeichen der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, der Ernst-Moritz-Arndt-Medaille und der Verdienstmedaille der „DDR“ ausgezeichnet worden.

Chruschtschows 3. Programm
der KPdSU

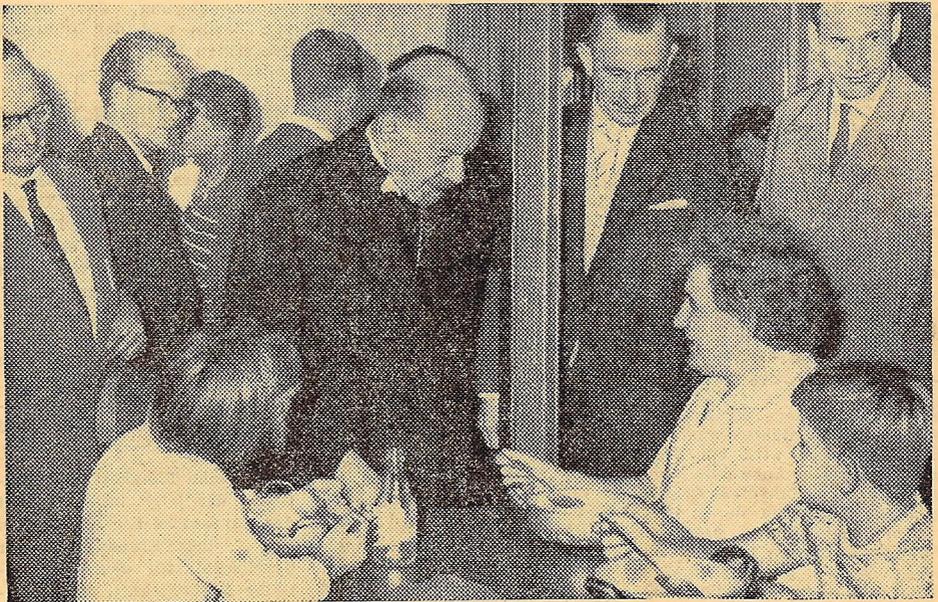


Der Illusionist

Jagd auf Grenzgänger



Wilder Osten



Gespräch in Marienfelde: Bischof D. Dr. Dibelius besuchte das Flüchtlingslager und ließ sich über die Sorgen und Nöte berichten.